



Rechtsausschuss

50. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

16. September 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:20 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 7 „Personalsituation im Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg“ als neuen Tagesordnungspunkt 15 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

¹ Nichtöffentlicher Teil mit Tagesordnungspunkten 15 (ehemals 7) und 11 (erneuter Aufruf) siehe nöAPr 14/195.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Einzelplan 04: Justizministerium 8
Erläuterungsband (Vorlage 14/2796)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, in einer Sondersitzung am 5. November 2009 um 9 Uhr vor dem Plenum über Änderungsanträge zu beraten und zur Abstimmungen zu kommen.

2 Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in Nordrhein-Westfalen (Untersuchungshaftvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – UVollzG NRW -) 14

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6327

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft und zur Verbesserung der Sicherheit in Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen (GVUVS NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8631

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
– Tischvorlage –

Der Ausschuss **stimmt** dem als Tischvorlage vorliegenden **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

Sodann **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den so geänderten **Gesetzentwurf Drucksache 14/8631 anzunehmen.**

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug 18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9508

4 Gesetz zur Modernisierung und Bereinigung von Justizgesetzen im Land Nordrhein-Westfalen 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9736

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
– Tischvorlage –

Der Ausschuss kommt überein, am 25. November 2009 Sachverständige anzuhören. CDU- und FDP-Fraktion zusammen sowie SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zusammen sollen binnen einer Woche jeweils drei Sachverständige benennen. Ein Fragenkatalog ist nicht vorgesehen.

5 Verfassungsgerichtliche Verfahren 22

a) wegen der Behauptung des Kreises Recklinghausen und der zehn kreisangehörigen Städte, das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2008) vom 20. Dezember 2007 (GV.NRW 2007 S. 718 ff) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 32/08

Vorlage 14/2357, Vorlage 14/2474 und Vorlage 14/2737

b) wegen der Behauptung der Stadt Bielefeld und 18 weiterer Städte, die Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung durch das Zweite Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 (GV.NRW S. 481 ff.) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung

VerfGH 19/08

Vorlage 14/2780

Der Ausschuss **empfiehlt** einstimmig, zu beiden Verfahren **keine Stellungnahme abzugeben.**

6 Besondere Vorkommnisse im Vollzug 2008 23

Bericht der Landesregierung

Vorlage 14/2810

7 Tagesabläufe in der JVA Rheinbach 26

Bericht der Landesregierung

Vorlage 14/2811

8 Richterlicher Eildienst nach 21:00 Uhr – Konsequenzen aus der Entscheidung des OLG Hamm vom 18. August 2009 30

Bericht der Landesregierung

Vorlage 14/2812

- 9 Arbeitsbelastung bei den Arbeitsgerichten in Nordrhein-Westfalen 35**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2813
- 10 Psychiatrische Gutachten im Strafverfahren 38**
Bericht der Landesregierung
- 11 Übergabe des Verfahrens gegen den ehemaligen bayerischen
Datenschutzbeauftragten B. 44**
Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, diesen Tagesordnungspunkt
zunächst im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erneut
aufzurufen.
- 12 Justizpanne bei der Staatsanwaltschaft Duisburg? 45**
Bericht der Landesregierung
- 13 Neue Fakten im staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen
Fleischunternehmer T.? 49**
Bericht des Justizministeriums
- 14 Verschiedenes 54**
- a) Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2010**
Der Ausschuss erhebt keine Einwendungen.
- b) Informationsfahrt des Ausschusses nach Brüssel**
- c) Termin mit dem Anwaltsverein**